



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

**Nur per E-Mail**

Oberste Bundesbehörden

Peter Mießen  
Abteilungsleiter II

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
TEL +49 (0) 30 18 682-4468  
FAX +49 (0) 30 18 682-3489  
E-MAIL Peter.Miessen@bmf.bund.de  
DATUM 22. März 2018

BETREFF **Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2018 (2. RegE)**

ANLAGEN 2

GZ **II A 1 - H 1105/16/10001 :001**

DOK **2018/0013916**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2018 (2. Regierungsentwurf) wird kein erneutes Eckwerteverfahren durchgeführt. Das Aufstellungs Rundschreiben für den 1. RegE vom 19. Dezember 2016 - II A 1 - H 1105/16/10001 :001, DOK 2016/1130621 - gilt fort. Der bereits im Zusammenhang mit dem 1. RegE beschlossene Finanzplan bleibt unangetastet. Damit der Haushalt 2018 Mitte des Jahres verkündet werden kann, ist ein enger Zeitplan einzuhalten.

Die Kabinettsitzung für den 2. Regierungsentwurf 2018 ist für den **2. Mai 2018** geplant. Da der **Zuleitungstermin bereits am 4. Mai 2018** ist, wird der „Gründruck“ entfallen. Stattdessen wird die **Kabinettsvorlage als Zuleitungsexemplar** einschließlich der unverbindlichen Bestandteile (Vorbemerkungen, Vorworte, Stellenpläne etc.) erstellt. Die Haushaltsgespräche auf den verschiedenen Ebenen (Referats-, Abteilungsleiter sowie St- bzw. M-Ebene) müssen deshalb bis spätestens 20. April abgeschlossen sein.

Der Personalhaushalt wird in einer gesonderten Kabinettsitzung beschlossen und dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Die konkreten Vorlagetermine für haushaltsbegründende und sonstige ggf. erforderliche Unterlagen werden noch konkretisiert und Ihren Haushaltsreferaten direkt per E-Mail mitgeteilt.

Grundlage für den 2. RegE 2018 ist der 1. RegE vom Sommer 2017. Davon abweichend sind lediglich folgende Änderungen zu berücksichtigen:

- Im Koalitionsvertrag festgelegte politische Schwerpunktmaßnahmen, die im Haushaltsjahr 2018 durchgeführt bzw. begonnen werden müssen (Prioritäre Maßnahmen).
- Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (insbesondere Arbeitsmarkt, Rente, Steuern).
- Sonstige Veränderungen, die sich insbesondere aus Rechtsverpflichtungen ergeben.
- Ressortneuzuschnitte sind im Sach- und Personalhaushalt haushaltsneutral umzusetzen.
- Haushaltsneutrale Umschichtungen.
- Personalhaushalt:

Für die Verhandlungen zum Personalhaushalt sind die Grundsätze in **Anlage 1** zu beachten.

Ich bitte den für Ihr Ressort zuständigen Fachreferaten im BMF bis zum 3. April 2018 jeweils einen aktualisierten Abdruck

- der gemäß Ziffer 3 der Anlage 2 des Aufstellungs-rundschreibens vom 19. Dezember 2016 (Dok. 2016/1130621) vorzulegenden Übersichten über die Gebühreneinnahmen (Formblattmuster nach Anhang 1),
- der Übersicht über die ÖPP-Projekte des Bundes entsprechend dem Anhang 7 des Aufstellungs-rundschreibens (Anlage 2, Ziffer 11.4),
- der gemäß Ziffer 17 der Anlage 2 (Formmusterblatt nach Anhang 9) des Aufstellungs-rundschreibens fortgeschriebenen Übersicht über die Sonderabgaben des Bundes (Übersicht zum Bundeshaushaltsplan - Teil VI)

zu übersenden. Fehlanzeige ist erforderlich.

Ihre Haushaltsreferate erhalten dieses Rundschreiben in elektronischer Form unmittelbar per E-Mail. Ferner wird das Rundschreiben im Haushaltsportal des BMF (Abt. II) unter

<https://bmfiportal.ziviv.iv.bfinv.de> - Haushaltsaufstellung - Bundeshaushalt 2018

veröffentlicht.

Im Auftrag  
Mießen

Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist nur im Entwurf gezeichnet.

## **Personalhaushalt**

Die Verhandlungen für den Personalhaushalt im 2. RegE 2018 werden gemeinsam mit den Verhandlungen für den Haushalt 2019 geführt. Im Hinblick auf den engen Zeitrahmen werden die Verhandlungen zum Personalhaushalt zweistufig erfolgen. Die Personalverhandlungen bis zur Kabinettbefassung zum 2. Regierungsentwurf 2018 sollen zu einem „Sofortprogramm Personal“ führen, das sich auf die Bereiche Innere Sicherheit, Justiz und vordringliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Regierungsbildung beschränken wird.

In einem zweiten Schritt werden nach dem Kabinettttermin am 2. Mai 2018 verbleibende Personalforderungen (sowohl für den Haushalt 2018 als auch für das Jahr 2019) verhandelt. Die für das Jahr 2018 innerhalb der Bundesregierung einvernehmlichen Ergebnisse werden in die Beratungen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einfließen.

Die Ergebnisse für den Haushalt 2019 werden im regulären Verfahren vom Kabinett beschlossen.

### **Für die Verhandlungen des Personalhaushalts im 2. RegE 2018 und für den Regierungsentwurf 2019 sind die nachfolgenden Vorgaben zu beachten:**

- Die Personalanmeldungen für das „Sofortprogramm Personal“ müssen bis zum **6. April 2018** im BMF eingehen, die übrigen Anmeldungen für 2018 und 2019 bis zum **27. April 2018**. Es ist ausschließlich das als **Anlage 2** beigefügte Excel-Formblatt zu verwenden und dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen. Die dort enthaltenen Ausfüllhinweise (Tabellenblatt 1) sind unbedingt zu beachten.
- Die Planstellen-/Stellenausstattung ist unter Anwendung angemessener Methoden einer eingehenden Bedarfsprüfung zu unterziehen. Alle Möglichkeiten zur gezielten Einsparung von Planstellen/Stellen insbesondere durch Rationalisierungsmaßnahmen sind auszuschöpfen; falls möglich, sind entsprechende kw-Vermerke auszubringen.
- Unabweisbarer, unter Anwendung angemessener Methoden der Personalbedarfs-ermittlung nachgewiesener Bedarf zusätzlicher Stellen ist durch anderweitige Stelleneinsparungen oder Umsetzung von Stellen in finanziell gleichwertigem Umfang auszugleichen. Entsprechendes gilt bei Hebungen von Stellen. Die Regelung, dass im Ausnahme-

fall auf Dauer einnahmefinanzierte Stellen zusätzlich ausgebracht werden können und bis zum Nachweis der Refinanzierung mit kw-Vermerken versehen werden, entfällt.

- Sofern bei befristeten Stellen die ausgebrachten kw-Vermerke wegfallen sollen, ist auch hier ein unabweisbarer, unter Anwendung angemessener Methoden ermittelter dauerhafter Bedarf nachzuweisen. Sofern es sich um zweckgebundene Stellen handelt, ist darüber hinaus nachzuweisen, dass die Stellen auch bisher gemäß der Zweckbindung verwendet wurden.
- Zur Umsetzung des Konzepts „Sicherung der Fachkräftebasis und Gewinnung qualifizierten Nachwuchses im Öffentlichen Dienst“ mit einer demografievorsorgenden Stellen- und Personalpolitik hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer weiterentwickelten Demografiestrategie einen zentralen Stellenpool zur Demografievorsorge eingerichtet. Der Stellenpool ist Teil eines Maßnahmenbündels, um die Fachkräftebasis und damit die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen für die Zukunft zu sichern. Die Einzelheiten sind im Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden vom 17. Oktober 2016 (II A 4 - H 1100/15/10026 :003) geregelt. Mehrbedarf an Stellen aufgrund z. B. prognostizierten Fachkräftemangels, zur antizyklischen Einstellung von Nachwuchskräften oder aufgrund anderer demografisch bedingter Faktoren ist daher nicht zu veranschlagen.
- Der Bundesrechnungshof wird auch künftig regelmäßig prüfen, ob der Personalmehrbedarf exakt und entsprechend den bestehenden gesetzlichen und sonstigen Regelungen begründet wurde. Sofern sich zu einem späteren Zeitpunkt herausstellt, dass neu ausgebrachte Stellen nicht sachgerecht und nachweisbar begründet wurden, behält sich das BMF vor, diese Stellen im nächsten Aufstellungsverfahren mit einem kw-Vermerk zu versehen oder zu sperren, bis die erforderlichen Nachweise zur Etatreife vorliegen.

**Ansonsten gelten die folgenden Grundsätze fort:**

1. Die geltenden Obergrenzen für Beförderungssämter gem. § 26 BBesG dürfen nicht überschritten werden. Ein entsprechender Nachweis ist den BMF-Fachreferaten rechtzeitig vor Beginn der Personalverhandlungen zu übersenden.
2. Für den Kostenvergleich (neu ausgebrachte Stellen gegen finanziell gleichwertigen Wegfall von Stellen) sind die jeweils gültigen, vom BMF herausgegebenen Personalkostensätze, die dem Internetangebot des BMF zu entnehmen sind, zu Grunde zu legen. Die aktuellen Personalkostensätze wurden mit BMF-Rundschreiben vom 21. August 2017 - II A 3 - H 1012-10/07/0001 :013; DOK 2017/0635460 veröffentlicht. Bei dem Kostenvergleich können Planstellen, die aus anderen Gründen entfallen, und Planstellen mit kw-Vermerk nicht berücksichtigt werden. Für neue höherwertige Planstellen ist eine entsprechende Dienstpostenbewertung vorzulegen. Die vorstehende Regelung gilt für Stellen entsprechend.

3. Stellenplanveränderungen, die auf der Grundlage der haushaltsgesetzlichen Regelungen zur Stellenplanflexibilisierung (§ 14 Abs. 1 Satz 3 HG) vorgenommen worden sind und auf Dauer beibehalten werden sollen, sind in die Ressortanmeldungen zum Personalhaushalt aufzunehmen.
4. Die dauerhafte Inanspruchnahme von Planstellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist mit § 17 Absatz 5 BHO nicht vereinbar. Soweit auf Planstellen länger als zwei Jahre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt werden, sind diese gemäß VV Nr. 2.4 zu § 49 BHO im Rahmen der Haushaltsaufstellung in Stellen umzuwandeln.

## **Personalforderungen zum Haushaltsentwurf 2018**

### **Inhaltliche Erläuterungen**

#### **Aufzunehmende Stellenplanveränderungen:**

- Neue Planstellen/Stellen
- Wegfall von Planstellen/Stellen
- Neue ku-/kw-Vermerke (Wegfall von ku-/kw-Vermerken)
- Hebungen/Absenkungen
- Umsetzungen
- Umwandlungen von Plan-stellen/Stellen
- Ausbringung und Anpassung von Leerstellen, soweit nicht für den Haushaltsvollzug geregelt

#### **Bereits im Haushaltsvollzug bewilligte Stellenplanveränderungen:**

- (z.B. Ausbringung von Planstellen/Stellen für Überhangpersonal gem. Haushaltsgesetz, Aufgabenübergang § 50 BHO)
- Veränderungen sind unter Hinweis auf die erfolgte Bewilligung zu erfassen
  - Planstellen und Stellen für Überhangpersonal sind in jedem Fall mit „N“ zu kennzeichnen (nicht als Umsetzung); im abgebenden Epl. als "W".
  - Bei Hebungen sind die Kompensationen mit "W" zu kennzeichnen

**Technische Stellenplanveränderungen** (z. B. Wirksamwerden von kw-Vermerken, Wegfall von Leerstellen) **sind nicht aufzunehmen**

#### **Haushaltsbegründende Unterlagen zu den Stellenplanveränderungen:**

- (z. B. Personalbedarfsberechnung, Dienstpostenbewertung/Arbeitsplatzbeschreibung, Kostenvergleichsberechnungen)
- Die Unterlagen sind formlos als gesonderte Anlage beizufügen.

#### **Spalte „Aufgabenschwerpunkte / Bemerkungen“:**

- Angabe von Priorisierungen, kurze Begründungen, Verweise auf (haushaltsbegründenden Unterlagen)

#### **Spalte „Haltung BMF“:**

Die Spalte ist unberücksichtigt zu lassen; sie dient der Vorbereitung der Haushaltsgespräche.

### **Erläuterungen zur Darstellung**

Um die weitere Verarbeitung der gemeldeten Daten zu vereinfachen, ist es unbedingt erforderlich, dass die Formatierung nicht verändert wird. Dazu einige Hinweise:

- Für Oberste Bundesbeh., Nachg. Bereich und Zuwendungsempfänger wurden einzelne Tabellenblätter angelegt
- Bitte den Einzelplan in der Überschrift ergänzen
- Bitte verändern Sie nicht die Anzahl und Anordnung der einzelnen Spalten
- In der Spalte Anzahl ist ein Zahlenformat voreingestellt. Wenn Sie z.B. "+2,0" oder "-2,0" eingeben, wird dies auch so dargestellt, negative Zahlen erscheinen dabei in rot
- In der Spalte Anzahl ist je Zelle nur eine Angabe zu machen
- In der Spalte Bemerkungen ist ein automatischer Zeilenumbruch vorgesehen, bitte verbinden Sie keine Zellen
- Die Überschriften sind als Wiederholungszeilen formatiert, Seitenumbrüche brauchen nicht gesetzt werden
- Bitte grenzen Sie die einzelnen Maßnahmenblöcke durch Striche voneinander ab (siehe Beispiele)

**Beispiele**

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/  Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.- Gr.	Anzahl	Bes./E.- Gr.	
1812	N	+ 2,0	A 14			IT-Strategie, Prio. 1, s. haushaltsbegründende Unterlagen Seite 23
(BMXX)	W	- 2,0	A 14			Innerer Dienst, Kompensation für o.g. Stellen
	N	+ 4,5	A 9 m			Übernahme von Überhangpersonal BMVg gem. § 16 HG
	N/kw	+ 1,0	A 13 g			kw 31.12.2020, Verwaltungsbüro XXXX-Projekte (refinanziert)
		+ 2,0	A 9 g			
		+ 2,0	E 8			
	kw	- 1,0	A 12			Wegfall des Vermerks kw 31.12.2018, Verwaltungsbüro XXXX-Projekte (Nachweis der Refinanzierung)
	ku	+ 5,0	A 13 g			Neuer Vermerk ku in Bes.-Gr. A 12 mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/-innen, Einhaltung der Stellenobergrenzen
	H	+ 9,0	E 9 a			Verbesserung der Stellenstruktur
		- 9,0	E 8			
	W	- 1,0	E 7			Kompensation für Hebungen
	Us	- 1,0	A 10			Optimierung der Aufgabenstruktur (Verlagerung der Aufgabe Marktbeobachtung in den nachg. Bereich, Kap. 1895)
	Uw	+ 1,0	E 12			Planstelle länger als 2 Jahre mit Tarifbeschäftigtem besetzt
		- 1,0	A 12			
	L	+ 1,0	B 3			Stiftung XY

**Verwendung der Abkürzungen in der Spalte "Art" (der Maßnahme)**

**Bitte führen Sie die Maßnahmen in der Reihenfolge der nachstehenden Liste auf!**

N	Neue Planstellen/Stellen
N/kw	Neue Planstellen/Stellen mit Vermerk kw
N/ku	Neue Planstellen/Stellen mit Vermerk ku
W	Wegfall von Planstellen/Stellen
W/kw	Wegfall von Planstellen/Stellen mit Vermerk kw
W/ku	Wegfall von Planstellen/Stellen mit Vermerk ku
Us	Umsetzungen von Planstellen/Stellen
Us/kw	Umsetzungen von Planstellen/Stellen mit Vermerk kw
Us/ku	Umsetzungen von Planstellen/Stellen mit Vermerk ku
Uw	Umwandlungen
H	Hebungen
A	Absenkungen
kw	Aufnahme neuer Vermerke kw / Wegfall von Vermerken kw
ku	Aufnahme neuer Vermerke ku / Wegfall von Vermerken ku
L	Neue Leerstellen
La	Leerstellenanpassungen